

Freie Wählervereinigung Lorch

Stellungnahme zur Haushaltssatzung und zum Haushalt 2026

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Funk, sehr geehrter Herr Bullinger, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren.

Der Haushalt einer Stadt ist weit mehr als eine Sammlung von Zahlen, Tabellen und Prognosen.

Er zeigt, welche Aufgaben eine Kommune bewältigen muss, welche Prioritäten sie setzt – und welchen Spielraum sie überhaupt noch hat.

Der Haushaltsplan 2026 macht dabei eines sehr deutlich:

Die Herausforderungen für unsere Stadt werden nicht kleiner. Die Aufgaben wachsen weiter – die finanziellen Spielräume dagegen werden immer enger.

Für die Fraktion der Freien Wähler Lorch ist dies nach wie vor eine Fehlentwicklung, die dringend korrigiert werden muss – auch um den sozialen Frieden in unserem Land langfristig zu sichern.

Es kann nicht dauerhaft so weitergehen, dass Bund und Länder immer neue Aufgaben beschließen und diese anschließend an Landkreise und Kommunen weiterreichen.

Dabei gilt eigentlich ein klarer Grundsatz unseres föderalen Systems: das Konnexitätsprinzip – „Wer bestellt, bezahlt.“

Dieser Grundsatz ist kein politischer Wunsch, sondern ein elementarer Bestandteil unserer Verfassung.

Genau dieses Prinzip wird in der Praxis jedoch immer häufiger aufgeweicht. Aufgaben werden übertragen, gesetzliche Standards erhöht und neue Verpflichtungen geschaffen – die finanziellen Folgen müssen am Ende jedoch die Kommunen tragen.

So darf Föderalismus nicht funktionieren.

Die Konsequenz kennen wir alle: Den Städten und Gemeinden bleiben dann oft nur noch die Wahl von Steuer- und Gebührenerhöhungen oder schmerzhaften Einsparungen.

Beides führt verständlicherweise zu wachsender Unzufriedenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern – und genau dort beginnt die Politikverdrossenheit, über die wir heute so häufig sprechen.

Wer auf Bundes- oder Landesebene neue Standards festlegt, muss auch dafür sorgen, dass die Städte und Gemeinden diese finanziell stemmen können.

Denn starke Kommunen sind keine Selbstverständlichkeit – sie sind die Grundlage eines funktionierenden Staates.

Auch die soeben erfolgte Landtagswahl in Baden-Württemberg hat erneut gezeigt, dass die Politikverdrossenheit weiter zunimmt.

Während die Grünen und die CDU bei rund 30 Prozent nahezu gleichauf liegen, konnte insbesondere die AfD deutlich zulegen und kommt nach den vorläufigen Ergebnissen auf etwa 19 Prozent der Stimmen. Gleichzeitig ist die SPD mit nur rund 5,5 Prozent auf ein historisches Tief gefallen, während andere Parteien sogar ganz am Einzug in den Landtag gescheitert sind.

Diese Entwicklung zeigt deutlich: Die politische Mitte verliert Vertrauen, während die politischen Ränder stärker werden.

Das darf uns nicht gleichgültig sein. Demokratie lebt vom Vertrauen der Menschen in ihre Institutionen und in die Handlungsfähigkeit des Staates. Wenn dieses Vertrauen schwindet, dann müssen wir als demokratische Kräfte gemeinsam gegensteuern – auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

Diese Entwicklung sollte uns allen zu denken geben. Denn wenn Bürgerinnen und Bürger zunehmend das Gefühl haben, dass politische Entscheidungen ihre Lebenswirklichkeit nicht mehr verbessern oder Probleme nicht mehr gelöst werden, dann wächst die Unzufriedenheit – und damit auch die Bereitschaft, politischen Rändern ihre Stimme zu geben.

Gerade deshalb kommt den Kommunen eine besondere Rolle zu. Städte und Gemeinden sind die staatliche Ebene, mit der die Menschen im Alltag am meisten zu tun haben.

Hier entscheidet sich ganz konkret, ob Politik funktioniert – ob Schulen saniert werden, Straßen instandgehalten werden oder ausreichend Kinderbetreuungsplätze vorhanden sind.

Damit Kommunen diese Aufgaben erfüllen können, brauchen sie jedoch auch die notwendigen finanziellen Spielräume.

Wir sind hier alle gemeinsam in der Verantwortung, Vertrauen in die demokratischen Institutionen zu stärken.

Die Parteien, die auf Bundes- und Landesebene Regierungsverantwortung tragen, stehen dabei allerdings noch in einem besonderen Maße in der Pflicht und Verantwortung.

Denn viele Entscheidungen, die in Berlin oder Stuttgart getroffen werden, haben direkte Auswirkungen auf die Kommunen – und damit auf die Lebenswirklichkeit der Menschen hier vor Ort.

Wie unsere Bürgermeisterin bei der Einbringung des Haushalts bereits ausgeführt hat, wurden im Vorfeld zahlreiche Einsparmöglichkeiten geprüft – von den Putzintervallen über Glasreinigungen bis hin zur Dimmung der Straßenbeleuchtung.

Dass wir dennoch Einsparungen realisieren konnten, liegt auch an einem großen Pfund, das unsere Stadt besitzt: dem guten Miteinander hier in Lorch.

Durch das Engagement unserer Vereine und vieler Ehrenamtlicher konnten beispielsweise Reinigungskosten in den städtischen Hallen deutlich reduziert werden.

Das zeigt eindrucksvoll, was möglich ist, wenn Verwaltung, Politik und Bürgerschaft gemeinsam an einem Strang ziehen.

Unser Ziel muss weiterhin sein, mittel- und langfristig eine geordnete Haushaltswirtschaft und die dauerhafte Leistungsfähigkeit unserer Stadt zu sichern. Gerade in schwierigen Zeiten ist dies wichtiger denn je.

Die ohnehin schon angespannten Prognosen für das Haushaltsjahr 2026 haben sich leider nochmals verschlechtert.

Deshalb gilt weiterhin: Entscheidungen müssen mit Augenmaß, Sachverstand und Verantwortungsbewusstsein getroffen werden. Projekte müssen nach dem Leistbaren priorisiert werden.

Vor diesem Hintergrund ist das geplante Defizit von rund 5 Millionen Euro immer noch ein Ergebnis, das zeigt, dass Verwaltung und Gemeinderat verantwortungsvoll gearbeitet haben.

Dieses Defizit ist jedoch nur zu einem Teil von der Kommune selbst verursacht. Es entsteht vor allem durch externe Faktoren: rund 3 Millionen Euro jährliche Abschreibungen durch das neue Haushaltsrecht seit 2020, knapp 2 Millionen Euro weniger Gewerbesteuer im Jahr 2026, sowie rund 3 Millionen Euro mehr Kreisumlage im Vergleich zu früheren Jahren.

Noch bis 2023 konnten wir stolz sagen, dass Lorch zu den wenigen Städten in Baden-Württemberg gehörte, die schuldenfrei waren.

Diese Situation hat sich leider bereits in den Jahren 2024 und 2025 geändert, in denen Kreditaufnahmen von insgesamt 5 Millionen Euro notwendig wurden.

Umso wichtiger ist es, dass auch das Planjahr 2026 die Grundlage dafür bildet, dass unsere Stadt weiterhin ihre Aufgaben in guter Qualität erfüllen kann, notwendige Sanierungen durchgeführt werden und gleichzeitig Zukunftsprojekte möglich bleiben.

Dabei müssen alle Einnahmemöglichkeiten genutzt, Ausgaben konsequent wirtschaftlich eingesetzt und Investitionen klar priorisiert werden.

Vor diesem Hintergrund tragen wir auch die moderaten Anpassungen bei der Hunde- und der Vergnügungssteuer mit. Gleichzeitig begrüßen wir ausdrücklich, dass die Gewerbe- und die Grundsteuer unverändert geblieben sind – als Zeichen der Verlässlichkeit gegenüber Bürgerinnen, Bürgern und unserem Gewerbe.

Die Handlungsspielräume bleiben eng, die Unsicherheiten hoch. Deshalb müssen auch im Jahr 2026 Projekte konsequent nach dem Leistbaren priorisiert werden. Es ist nicht auszuschließen, dass selbst bereits priorisierte Maßnahmen nochmals auf den Prüfstand gestellt werden müssen.

Der Haushalt 2026 enthält daher – ähnlich wie der letztjährige – keine Überraschungen bei den Investitionen. Die vorgesehenen Maßnahmen wurden in diesem Gremium bereits ausführlich beraten und teilweise auch beschlossen.

Die im Investitionsplan vorgesehenen Mittel für

- die Entwicklung und den Umbau der Kläranlage mit dem Neubau eines Faulturms
- Baumaßnahmen bei Kindertagesstätten, Schulen und Spielplätzen
- Maßnahmen an Straßen und Brücken
- die Sanierung öffentlicher Gebäude
- sowie Mittel für Grunderwerb und Beschaffungen, unter anderem für den Bauhof und die Feuerwehr

werden von unserer Fraktion im vorgesehenen Umfang mitgetragen.

Ebenso unterstützen wir die Fortführung des im vergangenen Jahr eingeführten Bürgertreffs – besser bekannt als „der Dräff“, welcher sich bereits großer Beliebtheit erfreut und zur Belebung unserer Stadt beiträgt.

Ein besonderer Dank gilt Ihnen, Frau Bürgermeisterin Funk, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung dafür, dass Sie stets aufmerksam die Förderprogramme von Bund und Land im Blick behalten. Die erfolgreichen Förderanträge zeigen, dass hier mit großem Engagement gearbeitet wird.

Aufgrund der ohnehin angespannten Haushaltslage haben wir uns in diesem Jahr bewusst dazu entschieden, keine zusätzlichen Anträge zum Haushaltsplan zu stellen. Wir wollten aus unserer Haushaltsrede keine bloße Fensterrede machen, sondern verantwortungsvoll mit der Situation umgehen.

Ein Punkt ist uns jedoch wichtig: Ein gutes Miteinander zwischen Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft wird zunehmend auch über digitale Wege organisiert. Während früher Briefe oder E-Mails geschrieben wurden, geschieht Kommunikation heute häufig über Apps auf dem Smartphone.

Andere Kommunen – beispielsweise Welzheim – nutzen bereits eine eigene Bürger-App. Wir möchten deshalb anregen, dass uns die Verwaltung in einer der kommenden Sitzungen Informationen über den möglichen Leistungsumfang und die zu erwartenden Kosten einer solchen App vorstellt. Eine solche Plattform könnte helfen, Informationen schneller zu verbreiten und gleichzeitig Spekulationen oder Gerüchten –

wie zuletzt im Zusammenhang mit einer Baugenehmigung im Gebiet Kellerberg – frühzeitig entgegenzuwirken.

Die Fraktion der Freien Wähler stimmt der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2026 in der vorliegenden Form zu. Er orientiert sich an unserem Leitsatz:

„Das Notwendige vor dem Wünschenswerten oder in anderen Worten ausgedrückt, erst das Pflichtprogramm dann das Wunschkonzert.“

Gleichzeitig bereiten uns die geplanten Kreditaufnahmen bis zum Jahresende von dann über 11 Millionen Euro und die damit steigende Pro-Kopf-Verschuldung von derzeit 496,57 Euro auf 1032,50 Euro Sorgen. Hier kommen laut der mittelfristigen Finanzplanung in den Jahren 2027 bis 2029 je nach Investitionen ja noch weitere Millionen hinzu.

Wir hoffen sehr, dass sich die wirtschaftlichen Prognosen in den kommenden Jahren verbessern und damit auch die kommunalen Haushalte wieder mehr Spielraum erhalten.

Abschließend möchten wir uns bei Ihnen, Frau Bürgermeisterin Funk, bei Herrn Bullinger sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung herzlich für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr bedanken.

Ein ganz besonderer Dank gilt aber auch den vielen ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt - ohne dieses Engagement wäre vieles in unserer Stadt nicht möglich.

Ihr Einsatz zeigt, dass Gemeinschaft, Zusammenhalt und Verantwortungsbewusstsein in Lorch keine leeren Worte sind, sondern täglich gelebt werden. Dieses Engagement macht unsere Stadt stark und lebenswert.

Wenn wir diesen Geist des Zusammenhalts bewahren, dann bin ich überzeugt, dass unsere Stadt auch die kommenden Herausforderungen gemeinsam meistern wird.

Ich möchte mit dem folgenden Zitat enden, welches Fr. Dr. Mildred Scheel zugeschrieben wird:

„Es sind nicht die großen Worte, die unsere Gesellschaft zusammenhalten – sondern die vielen kleinen Taten der Menschen, die Verantwortung übernehmen.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Julian Abt, Fraktionsvorsitzender der FWV Lorch